

die Produktion von Eisen um 105 Prozent gesteigert werden. Sie stieg auf 689 600 Tonnen.

Von besonderer Wichtigkeit für Spanien sind seine Quecksilber-, Schwefelkies- und Pottaschenvorkommen. Bei der Förderung dieser Schätze und vor allem bei der von Kupfererzen, Blei und Gold machte sich der Einfluß des ausländischen Kapitals verhängnisvoll bemerkbar. So könnte Spanien jährlich 30 000 Tonnen Kupfer erzeugen, in Wirklichkeit sind es aber nur 10 000 bis 25 000 Tonnen Eigenbedarf. Noch bedenklicher ist der Rückgang der Bleierzeugung. 1910 betrug die Produktion 313 000 Tonnen, heute sind es noch 30 000, der Eigenbedarf ist 27 000 Tonnen. Da die Gruben aber mehr und mehr in einheimische Hände übergehen, darf man wieder einen allmählichen Anstieg erwarten. Außerdem ist geplant, nach neuen Blei- und Goldvorkommen zu forschen. Ebenso ist eine vermehrte Förderung von Zinn, Zink und Wolfram zu erwarten.

Die Bautätigkeit wirkt sich belebend auf die Zementindustrie aus. Von 1930 bis 1946 ist die Erzeugung von Zement von 900 000 auf 1 500 000 gestiegen, und man erhofft sich mit der Verbesserung der Energieanlagen eine Produktion von etwa 4 Millionen Tonnen.

Besonders empfindlich wurde Spanien durch den Weltkrieg in seiner Versorgung von Kunstdünger getroffen. War es doch bisher darin fast völlig vom Ausland abhängig. Man hat aber jetzt chemische Fabriken gebaut, die nach ihrer vollen Inbetriebnahme die 600 000 Tonnen Kunstdünger, deren Spanien jährlich bedarf, herstellen können.

Ein weiterer Mangel war, daß Spanien bisher fast keine Traktoren und Lastkraftwagen baute. Nun hat man aber in Barcelona und Madrid zwei große Fabriken errichtet, die sowohl Traktoren als auch Kraftfahrzeuge mit Dieselmotoren herstellen.

Es ist ein mühsames Werk, das Spanien, fast auf sich allein gestellt, zu vollbringen hat. Es braucht aber die Hilfe des Auslandes, vor allem in Form neuer Maschinen. Schon haben einige Fabriken, mit amerikanischen Maschinen ausgestattet, bedeutende Erfolge errungen. Außerdem benötigt es eine große Anzahl gut ausgebildeter Ingenieure, Techniker und Facharbeiter. Schließlich, so meint der Verfasser, müsse der Wirtschaft jene Freiheit gegeben werden, ohne die sie nicht entwicklungsfähig sei, die aber eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden nicht ausschließe.

Soziale Beruhigung in Italien? Unter dieser Überschrift gibt die „Orientierung“ (Zürich, Nr. 3 vom 15. Februar 1951) über die sozialen Verhältnisse in Italien einen Lagebericht, der, kurz zusammengefaßt, zu folgenden Ergebnissen gelangt: Der kommunistische Einfluß ist stark zurückgegangen, nicht zuletzt durch die Taktik der Kommunisten selbst, die die Waffe des politisch kommandierten Streiks so oft mißbrauchten, daß sie stumpf wurde, das heißt, daß zahlreiche Arbeiter entweder der Streikparole nicht mehr Folge leisteten oder aus der Allgemeinen Gewerkschaft austraten. Die Arbeitslosigkeit hat sich vermindert, aber die anderthalb Millionen, die noch ohne Arbeit sind (darunter 900 000 Industriearbeiter) bilden weiterhin eine große Sorge der Regierung und ein Element der Unruhe. Die Löhne haben sich um 50 Milliarden gebessert, sind aber, besonders für die unteren Klassen der Arbeiter, noch weithin ungenügend. Die Unternehmer verweisen, teilweise mit Recht, auf die unbedingte Notwendigkeit des Exports, der, um die Gestehungskosten tief zu halten, eine größere Lohnerhöhung nicht gestatte. (Der Schiffsbau arbeitete zum Beispiel 1948 mit Kosten, die 30—40 Prozent höher lagen als in den englischen Werften.) Die Sozialabgaben der Unternehmer belaufen sich auf 33 Prozent der Lohnsumme. Dazu kommt die Notwendigkeit einer Rationalisierung der

Industrie, deren Umwandlung sich eben jetzt in vollem Fluß befindet. Trotzdem haben nicht wenige Unternehmen, wie Einzelbeispiele zeigen, zweifellos stark überhöhte Gewinne, die den Mißmut der Arbeiter schüren und das Wort de Gasperis an die Freiheitskämpfer vom 29. Oktober 1950 verständlich machen: In Italien sei die soziale Gerechtigkeit noch nicht verwirklicht, weil es immer noch Leute gebe, die einen allzu großen Teil des nationalen Einkommens beanspruchen. „Es liegt aber auf der Hand, daß eine soziale Beruhigung erst eintreten wird, wenn die Unternehmer und Kapitalgeber über die ‚Grundsätze des letzten Jahrhunderts‘ hinauswachsen (Dayton) und die Grundforderungen der christlichen Ethik zu erfüllen anfangen.“ Diese Äußerungen bewegen sich in derselben Richtung wie die Rundfunkansprache des Papstes vom 11. März dieses Jahres, die er auf Spanisch „an alle Arbeiter Spaniens“ richtete, wo der Gegensatz zwischen „einer kleinen Gruppe von Privilegierten und Reichen“ und „einer enormen verarmten Volksmasse“ noch stärkere Spannungen erzeugt als in Italien (Oss. Romano Nr. 59 vom 12./13. März 1951).

Christliche Gewerkschaftsbewegung. „Christlabor“, der Presse- und Nachrichtendienst des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften (Utrecht, Oudenoord 12) bringt in seiner Ausgabe vom Februar 1951 folgende Zahlen über den gegenwärtigen Mitgliederstand:

Frankreich:	950 000	(Christlicher Arbeiterbund)
Italien:	900 000	(Christliche Arbeitervereine)
Belgien:	550 000	(Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften)
Holland:	470 000	(Kathol. Arbeiterbewegung und Christlich-Nationaler Gewerkschaftsbund)
Österreich:	110 000	(Christl. Fraktion des Österreich. Gewerkschaftsbunds)
Kanada:	80 000	(Katholischer Arbeiterbund)
Spanien:	75 000	(Solidarität der Baskischen Arbeiter)
Schweiz:	73 000	(Christl.-Nationaler Gewerkschaftsbund u. Schweizerischer Verband Evangelischer Arbeiter u. Angestellter)
Saarland:	50 000	(Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften)
Luxemburg:	5 000	(Christlicher Gewerkschaftsbund)

In vielen europäischen Ländern gibt es „infolge der politischen Verhältnisse“ augenblicklich keine christlichen Gewerkschaften mehr. Um so stärker ist das Anwachsen der Bewegung in anderen Weltteilen, in Indochina, Neu-Kaledonien, in den französischen Gebieten Afrikas und Amerikas, in Belgisch-Kongo und Indonesien. Besonders stark ist der Aufschwung der Bewegung in Kanada und hier vor allem im französisch sprechenden Landesteil. In Lateinamerika dagegen leidet sie häufig „unter den obwaltenden politischen Verhältnissen sowie den äußerst unbefriedigenden Lebensverhältnissen“. Von Bedeutung ist, daß der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften genau wie der Weltgewerkschaftsbund und später der Internationale Bund Freier Gewerkschaften vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als beratende Organisation anerkannt wurde, ebenso von der Internationalen Arbeitsorganisation. Vorsitzender des Bundes ist gegenwärtig der französische Gewerkschaftsführer Gaston Tessier, der zugleich Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Arbeiter Frankreichs (C. F. T. C.) Frankreichs ist; Generalsekretär ist der Holländer Serrarens, zugleich Vorsitzender der Sozialen Kommission des Europarates in Straßburg.

Der Jesuitenorden in Osteuropa. Da sich die kulturkämpferischen Neigungen eines Staatswesens nach alter Erfahrung vor allem gegen die kirchlichen Orden und hier wiederum, ebenso erfahrungsgemäß, in erster Linie gegen den Jesuitenorden